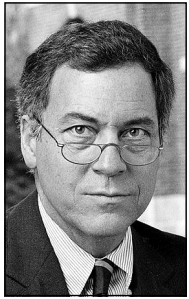


Gebt Argentinien keinen Cent

Von Steve H. Hanke



Viele Leute – auch Ökonomen, die es besser wissen müssten – behaupten, dass der Kern der Argentinienkrise ein überbewerteter Peso gewesen sei. Angeblich hat die Anbindung an den harten Dollar im Jahr 1991

dazu geführt, dass sich der Peso zu sehr aufgewertet hat. Argentinien habe seine Wettbewerbsfähigkeit verloren, worauf die Exporte und die Wirtschaft eingebrochen seien. Die Fakten widersprechen jedoch dieser Sicht der Dinge. So konnten im vergangenen Jahrzehnt die Ausfuhren jedes Jahr gesteigert werden – mit Ausnahme von 1999, als Argentinien wichtigster Handelspartner, Brasilien, eine Währungskrise erlitt.

In den ersten elf Monaten des Jahres 2001 exportierte Argentinien 3,2% mehr Waren als in der entsprechenden Periode im Jahr 2000. Wenn man berücksichtigt, dass der Welthandel vergangenes Jahr real nur geschätzte 0,9% gewachsen ist, schnitt die argentinische Exportwirtschaft vergleichsweise gut ab. In der Tat hat sie sich als einer der wenigen Lichtblicke des Landes erwiesen. Wäre die übrige Wirtschaft so gewachsen wie der Exportsektor in den vergangenen zwei Jahren, befände sich Argentinien nicht in einer Rezession und wäre nicht zahlungsunfähig geworden.

Der grosse Bankraub

Wer die Geschichte vom Verlust der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bemühte, benutzte sie als Vorwand, um dafür zu plädieren, dass der argentinische Peso abgewertet werden müsse, damit die Wirtschaft in Schwung komme. Schliesslich sei eine Abwertung in Argentinien nichts anderes als das, was schon in Mexiko, Russland und Brasilien vorexerziert worden sei, wurde zuversichtlich behauptet.

Diese Behauptung hält den Fakten nicht stand. Unter dem Konvertibilitätsgesetz von 1991 führte Argentinien ein Parallelwährungssystem ein, in dem sowohl Peso als auch Dollar legal in Argentinien im Umlauf waren und zu einem Wechselkurs von 1:1 gehandelt wurden. Am 6. Januar 2002 wurde das Gesetz aufgehoben und der Peso abgewertet. Der Vorfall unterscheidet sich von anderen Abwertungen durch ein Phänomen, das der französische Nationalökonom Frédéric Bastiat als legale Plünderung bezeichnet hat: Ein Gesetz wird erlassen, das den Personen nimmt, was ihnen gehört, und es denen gibt, denen es nicht gehört.

Das Konvertibilitätsgesetz übertrug Pesobesitzern das Recht, einen Peso frei in

Dollar zu tauschen. Argentinien's Einlösungsversprechen war glaubhaft, weil die Zentralbank sich verpflichtete, ausreichend Devisenreserven zu halten, um die Pesoverbindlichkeiten zu decken. Das Einlösungsrecht machte das Konvertibilitätssystem einzigartig und unterschied es von den typischen Geldsystemen, die auf Geld ohne Edelmetalldeckung aufbauen. Folglich unterschied sich auch die Abwertung in Argentinien von allen anderen.

Geldvernichtung

Mit der Aufhebung des Konvertibilitätsgesetzes wurde die Einlösungsgarantie über Bord geworfen und der Anspruch der Pesobesitzer auf die Devisenreserven zurückgezogen. In dieser Hinsicht erwies sich die Pesoabwertung als grosser Bankraub, mit dem die Regierung die Rechte an 17,8 Mrd. \$ in Devisenreserven aufhob. Für die Regierung Duhalde war das jedoch erst der Anfang. Sie erliess eine Reihe neuer Gesetze, die es ihr erlaubten, auf den Eigentumsrechten herumzutampeln und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit zur Farce zu machen.

Während Argentinien's Regierung auf eine Weise privates Eigentum beschlagnahmte, die Erinnerungen an die Bolschewiken weckt, trat Aussenminister Carlos Ruckauf in Washington eine Mission an, die von atemberaubender Dreistigkeit zeugt. Er reichte der US-Regierung, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB) den Klingelbeutel und forderte eine Hilfspaket von mindestens 15 Mrd. \$. Argentinien sollte keinen Cent erhalten.

Duhalde hat die schwierige Situation, die er geerbt hat, noch verschlechtert. Das Gesetz für öffentlichen Notstand und die Währungsreform vom 6. Januar übertrugen ihm bis zum Ende seiner Amtsperiode im Dezember 2003 Kompetenzen, die fast diktatorische Züge tragen. Er begann sie rasch zu nutzen: So wertete er den Peso auf einen offiziellen Wechselkurs von 1.40 arg. Peso/\$ ab. Im freien Markt wurde die Währung zu 1.75 arg. Peso/\$ gehandelt, wobei die Zentralbank wiederholt eingriff, um zu verhindern, dass die Notierung über 2 arg. Peso/\$ kletterte. Dieser Schritt beseitigte nicht nur den Anspruch der Pesobesitzer auf die Währungsreserven der Zentralbank, sondern vernichtete auch mindestens 30% der 31 Mrd. Peso in Papiergeld und Bankguthaben, die die Bevölkerung zu jenem Zeitpunkt besass.

Argentinien's lange Geschichte monetärer Instabilität hat dazu geführt, dass die Bürger dem Peso nicht trauen – sie taten es selbst dann nicht, als der Wechselkurs fast elf Jahre lang zum Dollar stabil war. Deshalb lauten die meisten Bankguthaben und Kredite auf Dollar. Duhalde hat angekündigt, dass Kredite bis zu einem Betrag von 100 000 \$ zum alten Kurs von einem Peso pro Dollar in Peso konvertiert würden. Dollarguthaben bleiben in Dollar zahlbar, wobei Abhebungen begrenzt werden sollen.

Die US-Rating-Agentur Moody's schätzt, dass diese Konversion Argentinien's Banken fast das Dreifache ihres Eigenkapitals von 18 Mrd. \$ kostet. Fast die Hälfte der Konten liegt in ausländischen Tochterinstituten so bekannter Namen wie Citigroup und FleetBoston, Spaniens Santander Central, Grossbritanniens HSBC und Kanadas Scotiabank. Die schliessen es nicht aus, aus Argentinien abzuziehen und es der Regierung zu überlassen, die Differenz zwischen den Verbindlichkeiten und den Aktiven der Banken von bis zu 36 Mrd. \$ zu begleichen.

Eine finanzielle Rettungsaktion dieses Ausmasses würde den Staatseinnahmen eines Jahres entsprechen. Daraufhin krebste die Regierung zurück. Um der «Pesofizierung» der Dollarguthaben aus Kreditverträgen den Stachel zu nehmen, kündigte sie eine «Pesofizierung» der auf Dollar lautenden Depositenkonten zu 1.40 arg. Peso/\$ an. Wird berücksichtigt, dass der Marktkurs des Dollars rund 1.75 arg. Peso beträgt, entspricht das einem Verlust von mindestens 20% oder mehr als 9 Mrd. \$ gemessen an einem Gesamtwert der Dollardepositenkonten von 47 Mrd. \$ (Stichtag: 6. Januar). Eine weitere Abwertung des Pesos würde die Verluste natürlich vergrössern. Die Einzelheiten sind noch immer nicht klar, weil Duhalde zu vermeiden versucht, dass ihn wütende Kontoinhaber aus dem Amt treiben.

Wider US-Recht

Die Regierung verbot auch argentinischen Unternehmen, Dollars einzusetzen, um ihre ausländischen Dollarschulden zu bezahlen. Sie hat die Verträge, die sie mit amerikanischen und anderen ausländischen Gesellschaften schloss, als sie Argentinien's Versorgerunternehmen privatisierte, für nichtig erklärt. So wird es diesen Gesellschaften nicht mehr möglich sein, ihre Gebühren am Dollar auszurichten, stattdessen werden sie gezwungen sein, in Peso zu verrechnen. Die Regierung steht kurz davor, ein Konkursgesetz zu erlassen, das ein Moratorium von 180 Tagen auf Hypothekenkündigungen verhängt. Damit verschlechtert sie die Qualität der Bankguthaben noch weiter. Dieses Gesetz würde zudem Ausländer schädigen.

Die Regierung Duhalde bestiehlt Banken, Bankkunden, Unternehmen und den Mann auf der Strasse, der Pesos besitzt. Amerikanische (und europäische) Steuerzahler sollten eine Regierung, die ausländische Anleger beraubt, nicht unterstützen. Solange Duhalde's Regierung diese Politik fortsetzt, sollte Präsident Bush keine direkte Hilfe anbieten und ein Veto gegen jeden Vorschlag des IWF, der Weltbank und der IADB einlegen, Argentinien Geld zu leihen. Glücklicherweise ist die US-Regierung dazu verpflichtet: Titel 22, Sektion 2370 des U. S. Code, der die Aussenbeziehungen der USA rechtlich regelt, sieht vor, dass US-Hilfen an Länder, die den Besitz von Eigentum von US-Bürgern oder -

Fortsetzung auf Seite 6

Steve H. Hanke ist Professor für angewandte Ökonomie an der Johns Hopkins Universität in Baltimore, USA, und Vorsitzender der Friedberg Mercantile Group.

Gebt Argentinien keinen Cent

Fortsetzung von Seite 1

ternehmen beschlagnahmen oder Verträge mit diesen annullieren, ausgesetzt werden.

Amerikanisches Recht verpflichtet die Bush-Regierung somit, Finanzhilfen an die Duhalde-Exekutive einzubehalten. Letztlich gab Präsident Bush US-Recht auch in seiner Rede zur Lage der Nation vom 29. Januar wieder, als er sagte: «Wir haben nicht die Absicht, anderen unsere Kultur aufzuzwingen. Aber Amerika wird immer eintreten für die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, die Rechtsstaatlichkeit, die Begrenzung der staatlichen Macht, die Achtung der Frau, die freie Rede, das Privateigentum, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Toleranz der Religionen.» Aus prinzipiellen Gründen und im Sinn des Gesetzgebers sollten sich die USA nicht bereit erklären, der Regierung Duhalde auch nur einen Cent zu zahlen.

Vielmehr sollte die Regierung Bush Duhalde beraten, was Argentinien unternehmen muss, um die Krise zu überwinden. Bislang hat die amerikanische

Regierung öffentlich nur geraten, dass Argentinien ein «gesundes» und «nachhaltiges» Programm entwickeln solle. Die Zeit ist reif, um konkret zu werden.

Argentinien muss aufhören, auf den Eigentumsrechten herumzutampeln, und damit beginnen, die wirtschaftlichen Wachstumskräfte zu ermutigen. Im Vertragsrecht müssen die im Zuge der Notstandsgesetze unternommenen Schritte rückgängig gemacht werden. In der Geldpolitik sollte Argentinien den Peso abschaffen und ihn durch den Dollar ersetzen. Eine Dollarisierung würde die Beseitigung der Umtauschkontrollen und, nach kurzer Zeit, auch die Einschränkung von Kontoabhebungen ermöglichen. In der Steuerpolitik sollte das Land seine Spitzensteuersätze drastisch herabsetzen. Infolge von drei umfassenden Steuererhöhungen in den Jahren 2000 und 2001 liegen heute viele Sätze in Argentinien deutlich höher als die in den USA. Respekt für die Eigentumsrechte, eine gesunde Währung und vernünftige Steuersätze sind ein bewährtes Rezept, um wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.